

H a m b u r g i s c h e B ü r g e r s c h a f t

Rede Thomas Kreuzmann, MdHB zur Drs. 20/6619 am 13.02.2013

„Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates vom 10. – 12. Juni 2012 in Dresden (Unterrichtung durch die Präsidentin)“

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Sie haben mit Ihrem Anliegen, das Parlament und seine Haushaltsautonomie zu stärken völlig Recht und bekommen dabei auch unsere Unterstützung. Auch das Engagement des Bürgermeisters als Vermittler ist zu begrüßen, kennt doch Hamburg die beiden Seiten des Länderfinanzausgleichs als Geber-Land und, dank der SPD Regierung, jetzt auch als Nehmer-Land. Aber Ihre künstliche Aufregung über die Verfassungsklage von Bayern und Hessen ist nicht vollständig nachvollziehbar. Im Bericht des Haushaltsausschuss kritisieren Sie, dass durch Entscheidungen im Bund oder dem EU Parlament, wie z.B. die der Schuldenbremse oder des Fiskalpakt, die Gestaltungsspielräume und damit die Budgethoheit der Landesparlamente eingeschränkt werden. Wenn aber Berlin beschließt, ein Begrüßungsgeld für hinzuziehende und sich anmeldende Studenten zu zahlen, jedoch Bayern dafür einen zweistelligen Betrag?? aufbringen muss, dann kann man schon an dieser Stelle nicht mehr von der Budgethoheit des Bayrischen Landtages sprechen.

Ich erinnere mich noch gut an die ungute Stimmung, als in Hamburg gerade eine neue Olympiabewerbung diskutiert wurde und Berlin die gleiche Idee hatte. Gleichzeitig berieten wir in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Nachtragshaushalt, weil wir 295 Millionen zusätzlich in den Länderfinanzausgleich einzahlen mussten. Ich wurde mehr als einmal auf der Straße angesprochen, ob wir

jetzt die Olympiabewerbung von Berlin bezahlen müssen.

Natürlich müssen die Länder untereinander solidarisch sein, und natürlich müssen wir für gleiche Lebensbedingungen sorgen, aber was hat ein Begrüßungsgeld, eine Olympiabewerbung, oder auch ein kostenloses Mittagessen in der Kita mit gleichen Lebensbedingungen zu tun? Das sind Extras. Die kann man machen wenn man sich das leisten kann. Erfolg darf nicht bestraft werden.

Wenn man bedenkt, dass die Verhandlungen für den zurzeit geltenden Länderfinanzausgleich 6 Jahre gedauert haben, dann kann man schon verstehen, dass die Zeit langsam drängt zu Fortschritten zu kommen. Ich jedenfalls kann Verständnis für die Schritte von Bayern und Hessen aufbringen und darum lehnen wir den Punkt 2 Ihres Antrages ab.

Auch der Punkt 3 findet nicht unsere Zustimmung. Bei den Deutschlandbonds führen wir die gleiche Diskussion wie bei den Eurobonds. Die unterschiedlichen Zinsen bei den Anleihen drücken doch auch die Leistung beim Haushalten der Länder aus. Würde dies vereinheitlicht, hätten die Schwachen keinen Anreiz mehr besser zu werden und die Starken werden bestraft. Dieses System ist leistungsfeindlich.

Den anderen Punkten Ihres Antrages werden wir zustimmen.

Vielen Dank.

H a m b u r g i s c h e B ü r g e r s c h a f t

Rede Thomas Kreuzmann, MdHB zur Drs. 20/6619 am 13.02.2013

„Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates vom 10. – 12. Juni 2012 in Dresden (Unterrichtung durch die Präsidentin)“